DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang — Nummer 3 — Berlin, März 1931



Inhalt:

Gegen die Kulturreaktion! Gegen den Abtreibungsparagraphen!

Alfred Döblin; Friedrich Wolf; Entschließung des VSAe.

Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit / Aerztliche und praktische Erfahrungen aus dem Leben der Bergarbeiter, Karl Grimm / Zum Bewahrungsproblem, Georg Loewenstein / Die Krise der Arbeitstherapie, Paul Levy / Diskussionsbemerkung, Prof. Julius Heller / Kampf um gesundheitliche Sicherheit in Sowjet-Rußland, Max Hodann / Rundschau: Politische Anatomie / Religion ist Trumpf / Der Setzer ist schuld! / Wo nicht gespart wird / Gesundheitsdienst bei Naziärzten / Aus der sozialistischen Aerztebewegung / Bücher und Zeitschriften

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

Einzelpreis 0,50 RM., Abonnement jährlich 4.50 RM. (einschließlich Porti) vom Verlag (Dr.M. Flake), Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstr. 52

VII. Jahrgang | Nummer 3 | Berlin, März 1931

Gegen die Kulturreaktion! Gegen den Abtreibungsparagraphen! Für Friedrich Wolf!

Stellungnahme zum § 218

Von Alfred Döblin.

Ich kann den Kampf gegen den § 218, wenn es sich um einen Kampf für die Abtreibung handelt, nicht mitmachen; ich kann ihn nur mitmachen, mache ihn mit und habe ihn mitgemacht, weil es sich da um die Aeußerung eines fremden, anmaßenden und längst nicht mehr legitimierten Herrschaftswillen über die Menschen, das „Volk", handelt.

Das keimende Leben empfinde ich als etwas Verehrungswürdiges, Wunderbares, das selbstverständlich Schutz, Pflege und Liebe von uns fordert. Seine Mißachtung widert mich an. Das Menschenleben, Leben überhaupt ist heilig. Ich überlasse die freche Mißachtung des „Einzellebens" den Militaristen aller Schattierung und anderen Barbaren. Ich habe als Arzt öfter „Ausräumungen" beigewohnt. Der Anblick des „Fötus" hat mich immer erschüttert. Es ist nicht wahr, daß „die Natur" das Einzelleben verachtet; sie hat jeden von uns mit den stärksten Sicherungen gegen die Verachtung, mit dem furchtbarsten Widerstreben gegen den Mord eingestellt. Der Tod als freiwillige Hingabe steht auf einem anderen Blatt, das gehört nicht hierher, — wir sprechen nicht von unserem Leben, sondern vom Leben der anderen.

Man soll daher nicht ohne weiteres Schwangerschaften unterbrechen, man soll nicht den Gedanken züchten, als ob das selbstverständlich sei. Man hat das Recht auf den eigenen Körper, aber man hat auch sich und seine Gedanken auf eine menschliche, kultivierte Reife zu heben und nicht auf der Stufe der Mutterschweine zu lassen, die sogar ihre Kinder fressen. Wie soll man sich verhalten?

Man hat die Möglichkeit, das Eintreten einer Schwangerschaft zu verhüten, und dies ist ein menschliches Recht. Das ist gegen die letzte Enzyklika über die Ehe zu sagen. Die Be-

merkungen dort über die Unterdrückung der Begierden sind nicht überzeugend für den, der nicht dogmatisch gebunden ist, sie widersprechen der Auffassung von der menschlichen Freiheit und der Stellung des Menschen in dieser großen lebenden Natur, zu der der Mensch gehört und zu der er sich zu bekennen hat.

Aber der § 218 gibt, von dem katholischen Protest abgesehen, nicht Ausdruck einer kulturellen Haltung gegen die Abtreibung, sondern meldet einen unerlaubten Herrschaftsanspruch an. Er wollte früher Soldaten züchten und war also Instrument des Militarismus und Imperialismus. Er war zugleich und ist jetzt noch Ausdruck eines schlechten Erziehungswillens; man wollte und will „Unzucht" bekämpfen — Geschlechtslust ohne Kinder galt und gilt als Unzucht. Dahinter steckt Jenseitsglaube, Puritanismus, eine bestimmte Form des religiösen Gewissens, ein asketischer Trieb, der in den Gesetzesapparat hineingefunden hat. Aber dieser asketische Trieb und dieser Puritanismus sind nicht mehr herrschende Ueberzeugungen; andere, nicht weniger geistig gebundene stehen ihnen gegenüber; wir haben religiöse und Gewissensfreiheit. Wer sich an den Paragraph halten will, soll es tun, — wer nicht, hat die Verfassung und die Freiheit des Gewissens für sich. In dieser Weise stelle ich mich zu dem Paragraphen: man hat das Recht, Schwangerschaften zu verhüten, — wer eine eingetretene Schwangerschaft glaubt unterbrechen zu müssen, muß es mit sich abmachen; man soll sich aber der Heiligkeit des wachsenden Menschenlebens bewußt sein. Wo ein Mensch gegen seine Absicht, ohne seinen Wunsch schwanger geworden ist, und keine Möglichkeit der Aufzucht eines Kindes sieht, soll man ihn, im Interesse der Achtung des Menschenlebens drängen und bewegen zu einem wirklichen echten Gewissenskampf; es ist ja sein eigenes Leben, das da wächst, und es ist schon nicht mehr die Liebe und die Lust, die vorausging. Ich bin für Erziehung. Es heißt die Augen öffnen. Ein Gesetzesparagraph aus feudalistischer Zeit hat keinerlei Sinn. Schon gar nicht, wenn der Staat selbst sieht, wie schwer die Zeiten sind, wie wenig er wirtschaftlich von sich aus leisten kann, und wie gerade viele gewissenhafte Menschen sich vor der Aufzucht von Kindern hüten. Wie kann man fordern, wenn man nichts gibt?

*

Genosse Friedrich Wolf-Stuttgart schreibt uns am 2. März:

Dank für Ihr Telegramm, das mich in der Einzelhaft noch erreichte und mir neuen Mut gab. Der Kampf geht natürlich nicht um meine Person, sondern gegen den Mordparagraphen 218 . . . jetzt mit aller sachlichen Härte und Wucht, vor allem

auf breitester Basis! Die SPD. darf nicht im Schmollwinkel stehen! Hier wäre „Taktik“ (Parteiegoismus) ein Verbrechen! Es ist heute eine klare Kraftprobe mit der gesamten Kulturreaktion! Oder sollen tatsächlich die weißen Mäuse im Arbeiter-Deutschland den Kurs bestimmen? Hier in Stuttgart und Württemberg ist eine tiefe ungeheure Erregung. Die Frage des § 218 ist entscheidend aufgerollt, sie wird nicht wieder zur Ruhe kommen. Näheres über unseren Prozeß später, wenn die Vernehmungen und Verhandlungen weiter sind. Sprechen Sie der Versammlung meine und meiner mit im Untersuchungsgefängnis sitzenden Kollegin Kienle Grüße aus mit der Versicherung, daß wir zur Sache stehen — trotz aller verschwommenen Meldungen von unkontrollierbarer Seite.

Mit Kampfgruß!

Wolf.

Unsere Kundgebung gegen die Kulturreaktion

Der Verein Sozialistischer Aerzte veranstaltete am 5. März in Kliems Festsälen zusammen mit der Liga für Menschenrechte, mit dem Gesamtverband, der Studentenschaft und anderen Organisationen eine große Kundgebung.

Neben den Genossen vom VSAe., Carl Credé, Minna Flake, Max Hodann, Felix Theilhaber sprachen Paul Levy (Gesamtverband), die Juristen Dr. Apfel und Dr. Klee, die Reichstagsabg. Marum und Adele Schreiber-Krieger. Arnold Zweig und Rud. Kayser hatten scharfe Erklärungen schriftlich formuliert. Bereits lange vor Beginn waren beide Säle überfüllt. 2500 Teilnehmer, darunter viele Frauen, protestierten gegen die Justiz und gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Eine aufrüttelnde, eindrucksvolle Kundgebung, die mahnte, nicht zu ruhen, bis das Verfahren in Stuttgart gegen die beiden Kollegen niedergeschlagen und der überlebte, grausame Strafparagraph beseitigt wird.

Entschließung des VSAe.

Der Verein Sozialistischer Aerzte erhebt Protest gegen den kulturreaktionären Kurs, den die Rechtsprechung von Jahr zu Jahr in steigendem Maße unter Duldung der maßgebenden Behörden einschlagen darf.

Angesichts der Millionen arbeitskräftiger, aber vom Arbeitsprozeß ausgeschalteter, immer mehr verelendeter und halb verhungerter Arbeitermassen wünscht trotzdem die herrschende reaktionäre dünne Oberschicht eine ungehemmte Massenvermehrung des Proletariats und benützt den volksfeindlichen § 218 dazu, um einen erneuten Schlag zu führen gegen die sittliche Selbsthilfe der Bevölkerung, nur dann Leben zu gebären, wenn es sozial verantwortet werden kann.

Ein Schlaglicht hierauf wirft das Verfahren gegen unser Mitglied, den Stuttgarter Arztgenossen Friedrich Wolf, dem die Anklage gegen Hunderte Proletarierfrauen folgen soll ohne Rücksicht darauf, daß dadurch Hunderte von Familien sozial und wirtschaftlich bedroht werden.

Der VSAe. spricht dem mutigen Kämpfer gegen den § 218, Friedrich Wolf, herzlichste Sympathie aus und sichert ihm energische Unterstützung in seinem Kampfe zu. Der VSAe., der sich stets für Aufhebung von § 218 eingesetzt hat, verlangt sofortige Einstellung der schwebenden Verfahren und eine den Interessen des Proletariats entsprechende Bevölkerungspolitik.

Der VSAe. wendet sich an die sozialistischen Fraktionen des Reichstages mit der Aufforderung, die nachfolgenden Anträge als dringlich im Reichstag behandeln zu lassen:

1. Sofortige Freilassung der noch verhafteten Aerztin, Frau Dr. Kienle,
2. Amnestie der proletarischen Opfer des § 218,
3. Aufhebung der §§ 218 und 184,3.

Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit

Die Antworten einer größeren Zahl namhafter Aerzte und Sozialhygieniker, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Moses auf eine Rundfrage erhielt, weisen alle auf die unausbleibliche Schädigung der Volksgesundheit durch die Massenerwerbslosigkeit hin. Wenn auch die Mehrzahl dieser Aerzte noch keine handgreiflichen direkten gesundheitlichen Schädigungen nachweisen zu können glaubt, so zeigen doch alle die Parallele der heutigen Verhältnisse mit der Kriegs- und Nachkriegszeit auf — als Warnungsruf gegen Notverordnung und alle einschränkenden Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der gesundheitlichen Versorgung und Fürsorge.

Als besonders aufschlußreich sind die Ausführungen des Gewerbemedizinalrats Teleky-Düsseldorf anzusehen:

„. . . In meinem Wirkungskreis äußert sich die Arbeitslosigkeit und die Furcht vor Arbeitslosigkeit vor allem darin, daß Arbeiter sich nur schwer entschließen, Beschwerde über schlechte Betriebsverhältnisse zu führen. Auch bei Betriebsbesichtigungen selbst sind die Auskünfte, die gegeben werden, eher zurückhaltend. In einem Betrieb z. B., in dem stark reizende Dämpfe sich in der unangenehmsten Weise fühlbar machten, sagten die den Dämpfen am meisten ausgesetzten Arbeiterinnen, daß sie sie gar nicht lästig empfänden. Diese Zurückhaltung mit Beschwerden und Angaben hat natürlich die Folge, daß Uebelstände schwer zu ermitteln, die ermittelten schwer abzustellen sind, wenn sich die betroffenen Arbeiter selbst — aus Angst vor Entlassung — als an der Abstellung nicht interessiert erklären.

Eine weitere Folge der herrschenden Arbeitslosigkeit ist die, daß die Arbeiter sich nicht dazu entschließen können, einen Arbeitsplatz zu verlassen, auch wenn aus gesundheitlichen Gründen ein Arbeitswechsel dringend notwendig wäre. Der Direktor einer großen Hütte führt die Vermehrung der Bleivergiftungsfälle in seinem Betrieb darauf zurück, daß, während frü-

her die Arbeiter schon bei den ersten Anzeichen von Bleieinwirkung, noch ehe es zu einer Erkrankung kam, den Arbeitsplatz verließen und sich anderwärts bleifreie Arbeit suchten, jetzt jeder solange wie möglich bei der Hüttenarbeit bleibt und auch nach schwerer Erkrankung, selbst Lähmung, immer wieder den Wunsch hat, in die Hütte zurückzukehren. So kommt es zu schweren und zum Teil unbehebbaren Gesundheitsschädigungen. . . ."

Diese Beobachtungen gelten sicherlich nicht nur für Bleibetriebe, sie treffen für alle Betriebe gleichermaßen zu, und das bedeutet bei der bekannten Schädigung durch die rationalisierte Arbeitsweise eine drohende Gefahr für Arbeitskraft und Gesundheit der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Uebereinstimmend wird von allen Antwortenden die besondere Gefährdung der Kinder der Arbeitslosen betont. Unzureichende Ernährung allgemein, Vitaminmangel im Besonderen durch den Ausfall von frischem Obst, Unsauberkeit aus Not, Familienzerrüttung durch Alkoholmißbrauch, das sind die überall festgestellten schweren Mängel, denen die heranwachsende Generation der Arbeiter- und Kleinbürgerbevölkerung ausgesetzt ist.

Die gesundheitlichen Schäden der Wirtschaftskrise für die Frau hebt Dr. Max Hirsch hervor, der die Erfahrung gemacht hat, daß heute unter den Frauen die Tendenz besteht, ihre Krankheit zu verschleppen, aus Sorge vor Arbeitsverlust es an Schonung und Behandlung fehlen zu lassen. „Ganz besonders unheilvoll aber wirkt die Arbeitslosigkeit auf Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett und auf das Schicksal der Neugeborenen".

Die Enquete ist als Denkschrift an Regierung und Parlamente gerichtet. Wir zweifeln, daß sie der falschen Sparpolitik am kostbarsten Volksgut, der Volksgesundheit, ein Ende setzen wird. Wichtig aber ist es, die Erfahrungen der meist bürgerlichen Fachleute zur Kenntnis weitester Kreise zu bringen. Fl.

Ärztliche und praktische Erfahrungen aus dem Leben der Bergarbeiter

Von Dr. Karl Grimm-Komotau, Kontrollarzt der Bruderlade.

II.*)

Krankenversicherung.

Die Krankenversicherung steht im Bergbau vor außergewöhnlichen Aufgaben. Die Knappschaft oder Bruderlade, wie sie bei uns heißt, ist die älteste Krankenkasse. Nach ihrem Muster hat Bismarck als Aequivalent für seine Sozialistengesetze als erster die allgemeine Krankenversicherung geschaf-

*) Siehe vorhergehenden Artikel im „Soz. Arzt", VII. Jahrgang, Nr. 2.

fen. Das Hauptkontingent im Bergbau stellen die Unfälle. Von Krankheiten bildet den größten Prozentsatz der Rheumatismus, hauptsächlich die primär chronische Form als Arthritis, Myositis und Neuralgie. Der Rheumatismus ist wenig bekannt und besonders der Muskelrheumatismus wird sehr viel verkannt. Dabei bildet er ein festumrissenes Krankheitsbild, das man nicht mehr verwechseln kann, wenn man es einmal kennt. Die Klagen lauten auf Mattigkeit, Brust-, Rücken-, Kreuzschmerzen, das Fleisch ist wie losgepellt, der ganze Körper wie zerbrochen. Die affizierte Muskulatur ist äußerst druckschmerzhaft, der Patient zuckt bei jedem Druck auf Trapezius, Pektoralis, Erektor Trunci usw. sofort zusammen. In den ergriffenen Muskelpartien finden sich derbe nußgroße Infiltrate. Es handelt sich um eine echte Myositis, die Infiltrate sind keine Tophi, sondern circumskripte spastische Muskelkontrakturen um Ablagerungen von Milchsäure. Die Erkrankung hat einen konstitutionellen Faktor und hängt mit dem Muskelstoffwechsel zusammen. Die Milchsäure ist ein Abbauprodukt des Zuckers, aber sie wird in dem erkrankten Muskel nicht weiter abgebaut, sondern bleibt unverdaut liegen und bildet die entzündlichen Infiltrate.

Die Kohlenluft soll gegen Tuberkulose schützen. Unbedingt gilt das nicht, es kommen Tuberkulosen vor, obwohl sie einen sehr kleinen Bruchteil stellen. Meistens sind es gutartige Formen, produktive perihilöse Herde. Häufig sind Anthrakosen, Emphyseme und Mischformen von beiden. Die Anthrakosen können akut auftreten, ganz ähnlich der Apicitis und sind nur durch ihren kürzeren Verlauf und ihr spurloses Verschwinden davon zu unterscheiden. Die Emphyseme beruhen auf einer Erstarrung des Thorax und des Lungengewebes durch die Ueberanstrengung der forcierten Atmung. Häufig ist die chronische Bronchitis, die auf Rauchvergiftung beruht und monate- und jahrelang dauern kann. Oft befinden sich die Patienten in einem schweren Erschöpfungszustand. Soweit sich nicht ein Muskelrheumatismus dahinter versteckt, ist das die einfache Folge der Ueberanstrengung und Unterernährung. Man kann darüber verschiedener Auffassung sein, ob die Erschöpfung eine Krankheit ist, aber es kann keinen Zweifel geben, daß so ein Mensch behandlungsbedürftig ist. Ein schwerer Erschöpfungszustand gehört in ein Erholungsheim, und wenn es nicht der Staat macht, muß es die Krankenkasse machen. Durch die Krankenversicherung steht heute die Medizin vor anderen Aufgaben als früher. Sie darf sich nicht auf die fertigen, ausgebrochenen Krankheiten beschränken, sondern muß die Verbindung von der Gesundheit zur Krankheit aufdecken. Das wichtige ist die Gesundheit, die Krankheit ist das Hindernis. Die Konstitutionspathologie bemüht sich, im gesunden

Körper den dispositionellen Faktor der Krankheit aufzusuchen. Die soziale Medizin muß die Wege erforschen, auf denen das Leben, die Arbeit den gesunden Körper krank macht, und muß vorbeugend eingreifen. Der Arbeiter hat das teilweise heraus, er denkt von der Gesundheit aus, nicht von der Krankheit. Die Gesundheit ist für ihn der Vollbesitz seiner Kräfte, wenn er die nicht hat, meldet er sich krank. In der sozialen Medizin kommt die Hauptrolle den Kontroll- oder Vertrauensärzten zu. Der Vertrauensarzt ist kein Polizist, der tauglich oder untauglich schreibt, sondern der Verwalter des Gesundheitskapitals der ihm anvertrauten Menschen. Die Diagnose und Therapie durch den praktischen Arzt erweist sich immer mehr unzureichend. Die Tätigkeit des praktischen Arztes beschränkt sich heute auf erste Hilfe, Geburtshilfe, kleine Chirurgie, ein wenig Interne, alles andere geht zum Facharzt oder ins Krankenhaus. Der Vertrauensarzt soll in großzügiger Weise jeden notwendigen Facharzt zuziehen, nur durch diese kollegiale Zusammenarbeit mit allen Spezialisten kann er seiner großen Aufgabe gerecht werden. Das Ziel ist das Ambulatorium, in dem jede ärztliche und technische Hilfe zur Verfügung steht.

Rationalisierung.

Die fortwährende Steigerung der Förderung im Bergbau ist keine Rationalisierung, weil sie nur auf Kosten der Arbeitsleistung geschieht. Darüber hinaus werden aber heute Methoden angewendet, mit denen die Unternehmer die Krise auf die Arbeiter abzuwälzen versuchen. Unsere Leute arbeiten heuer schon das ganze Jahr 3, 4 Schichten wöchentlich. Mit 3 Schichten kommt der Mann auf seinen halben Wochenlohn. Um leben zu können, schindet er noch mehr und bringt in den 3 Schichten die Leistung für 4 und 5 Schichten heraus. Was ist das für Abhilfe gegen die Ueberproduktion, wenn man dieselbe Förderung bekommt wie früher. Aber wenn in 3 Schichten die Leistung für 5 Schichten gefördert wird, so hat man die Regie für 2 Schichten glatt gespart. Es ist ein Geschäft! Daß es die Arbeiter nicht aushalten, danach fragt niemand. In den Feierschichten läßt man gewisse Partien einfahren und in den Plänen, wo viel Vorrat ist, sämtliche in der Grube verfügbaren Fördergefäße volladen. Die paar Kronen Akkordlohn sind kein Geld, man bekommt auf diese Weise eine Förderung fast geschenkt. Dafür muß man auf der anderen Seite wieder Feierschichten einlegen, weil zuviel gefördert wird. Man stellt in den Plänen Bagger und Schüttelrutschen auf, um die Kohle maschinell zu gewinnen. Das wäre endlich eine Möglichkeit, um dem Bergmann die ärgste Hetz-

jagd abzunehmen, aber in dem heutigen System kommt es nur auf einen verzweifelten Kampf zwischen Mensch und Maschine hinaus, indem der Mensch der schwächere ist und brotlos wird. Statt einer Einschränkung der Ueberproduktion führt die Krise nur zu einer gesteigerten Ausbeutung der Arbeiter. Die Rechnung ist falsch, weil die Krise auf der Rationalisierung beruht, und nicht durch verschärfte Rationalisierung saniert werden kann. Die Rationalisierung ist das Kernproblem des Kapitalismus, die Kehrseite der Rationalisierung ist die Arbeitslosigkeit. Die Rationalisierung ist die heutige Form der Akkumulation, und daß die Akkumulation des Kapitals die industrielle Reservearmee und damit die Krise verursacht, hat Marx schon vor sechzig Jahren nachgewiesen. Aber diese Rationalisierung ist nicht alles, sie hat ihre Ursache in dem Klassenkampf des Kapitalismus. Darüber hinaus werden Praktiken angewendet, die überhaupt keine Ursache haben. Es wird an den Löhnen gespart, dazu nimmt man immer Neulinge auf, die bald wieder entlassen werden. Dieser ständige Durchzug von Neulingen ist auf manchen Schächten ein fester Faktor der Kalkulation. Die Rechnung ist wieder falsch, aber es geht gar nicht darum, man will nur Menschen haben, die sich nicht wehren können, mit denen man machen kann, was man will. Es kommen auf den Schächten Uebergriffe vor, die einfach Schikanen sind. Da kann man nicht mit, das ist Terror. Die Arbeiter sind durch die Not so eingeschüchtert, daß sie sich alles gefallen lassen. Wer den Mund aufmacht, wird entlassen. Es ist eine scheußliche Stimmung unter den Leuten.

Forderungen.

1. Verschärfung der behördlichen Aufsicht. Die Häufung der Katastrophen ist durch die Rationalisierung verursacht. Durch das verrückte Arbeitstempo, durch die Hast, werden die Sicherungen vernachlässigt. Die Bergbehörden haben das Recht und die Pflicht der Kontrolle, aber es geschieht nichts, es bleibt immer alles beim alten. Was für schöne Versprechungen und Beteuerungen werden bei diesen Katastrophen gemacht, und bei den Untersuchungen kommt nie etwas heraus. Die Bergbehörden tun den Unternehmern nicht weh. Wenn die Gewerkschaft eine Anzeige macht, fragt die Behörde bei der Betriebsleitung an, wie sich die Sache verhält, und was die Betriebsleitung sagt, das gilt. Die Anzeige wandert in den Papierkorb.

2. Die Arbeitsleistung muß heruntergesetzt werden. Das Arbeitstempo geht heute über Menschenkraft, man kann die Leistung nicht unbegrenzt hinaufschrauben, die Rationalisierung soll nicht Ausbeutung sein, sondern sie soll die Arbeit vom Menschen auf die Maschine abwälzen, indem sie die

Arbeit besser organisiert und den Betrieb aufs beste ausstattet.

3. 6-Stunden-Tag. Die Arbeitszeit muß heruntergesetzt werden, aus zwei Gründen: Je konzentrierter und anstrengender die Arbeit ist, desto kürzere Zeit kann sie der Mensch leisten, deshalb muß die Arbeitszeit aus physischen Gründen herabgesetzt werden. Die Steigerung der Leistung verdrängt die Arbeiter aus der Produktion, deshalb muß die Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen herabgesetzt werden, um die Arbeiter wieder in die Produktion einzureihen.

4. Sicherung einer genügenden materiellen Existenz. Die Tarife im Bergbau sind weit höher als in der Industrie, aber bei den heutigen Feierschichten kommen die Menschen nicht auf ihren Lohn. Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß sie ihren gesetzlich festgesetzten Tariflohn bekommen. Von der Entwicklung der Löhne ist die ganze Entwicklung des Bergbaues abhängig. Heute sind die Maschinen im Bergbau vielfach nicht rentabel, weil die Menschen immer noch billiger sind. Durch eine kräftige Erhöhung der Löhne würden sich die Menschen so verteuern, daß dann auch im Bergbau eine Ueberwälzung der Arbeit vom Menschen auf die Maschine möglich wäre.

5. Genügende Pension. Die Pension ist heute zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig. Wenn ein Mensch sein Leben in ständiger Todesgefahr vollbringt, will er wenigstens einen ruhigen Lebensabend.

6. Sozialisierung der Gruben. Die Sozialisierung ist notwendig aus sittlichen Gründen. Es geht nicht an, daß sich Menschen an dem Elend und dem Blut ihrer Brüder unter der Erde bereichern. Die Sozialisierung ist notwendig aus materiellen Gründen. Jeder ernstliche Fortschritt für den Bergmann verteuert die Produktion im Bergbau. Es ist nicht möglich, diese Verteuerung aus dem Bergbau allein herauszuwirtschaften. Deshalb muß die ganze Wirtschaft für den Bergbau einstehen. Was im Bergbau an Blut fließt, grenzt an Krieg. Wenn der Bergmann diese furchtbare Arbeit auf sich nimmt, dann muß ihm sein Los unter allen Umständen auch auf Kosten der Allgemeinheit erleichtert werden. Jeder wirkliche Fortschritt des Bergmannes rollt die gesamten Probleme der Arbeit und Wirtschaft auf: Gewerbeinspektion, Krankenversicherung, Altersversicherung, Löhne, Preise, Gesamtwirtschaft. Einen solchen planmäßigen Aufbau auf sämtlichen Gebieten, und eine solche planmäßige Zusammenfassung und gegenseitigen Austausch innerhalb der ganzen Wirtschaft zu leisten vermag nur die Planwirtschaft. Der Bergbau ist die Feuerprobe, wo jede Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zeigen muß, was sie kann, Kapitalismus wie Sozialismus. Aber der Kapitalismus zeigt hier nur, was er nicht kann. Dem Bergmann eine menschenwürdige Existenz garantieren kann nur der Sozialismus.

Zum Bewahrungsproblem

Nach einem Referat im „VSÄ" von Georg Loewenstein.

Das RGBG. ermöglicht nur die Erfassung Gefährdeter über Polizei und Gericht, über Gesundheitsbehörde im Falle einer Geschlechtskrankheit und über zufällige selbständige fürsorgerische Erfassung. Das Strafrecht kennt erst neuerdings in seinem Entwurfe den Begriff der Sicherungsbewahrung gegen kriminelle Geisteskranke, Schwachsinnige, Trunksüchtige und Gewohnheitsverbrecher, und für gemeinschädliches Verhalten das Arbeitshaus, während das Bewahrungsproblem auf ein Arbeitserziehungssystem unter Ablehnung des Arbeitshauses hinzielt.

Neben dem Strafrecht läuft die Frage der Bewahrung sogenannter Asozialer, soweit sie nicht kriminell sind, als Maßnahme der Fürsorge. Die Praxis läßt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen zufällig kriminellen und nichtkriminellen Verwahrlosten bzw. Asozialen nicht ohne weiteres zu. Als Personenkreis wurden früher Personen benannt, die die Gesellschaft belasten, die die Gesellschaft schädigen und die ihr gefährlich sind. Der seit 1920 arbeitende Ausschuß für ein Bewahrungsgesetz forderte zunächst, daß Personen bewahrt würden, soweit dies zur Bewahrung vor körperlicher oder sittlicher Verwahrlosung oder zum Schutze des Lebens oder der Gesundheit erforderlich ist, wenn sie aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden oder wenn sie wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Der weitgehendste Entwurf fordert die Bewahrung von Geisteskranken, von Geistesschwachen oder solchen, die infolge geistiger, körperlicher oder moralischer Mängel außer Stande sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen und der Verwahrlosung anheimfallen, und Bewahrung solcher Personen, die auf Grund des § 51 des StGB. freigesprochen worden sind.

Die weiteren Verhandlungen haben erkennen lassen, daß im Bewahrungsvollzug die ungeheure Gefahr eines Mißbrauchs, insbesondere aus politischen Gründen, liegt, und der Vollzug des Bewahrungsgesetzes mit ihrer Verwaltungsbürokratie eine schwerste Einschränkung der persönlichen Freiheit ermöglicht.

Da der Schutz der Allgemeinheit durch Strafrecht und Polizei noch hinreichend gewahrt ist, kommt lediglich der Fürsorgezweck für solche Personen in Frage, die verwahrlost sind oder zu verwahrlosen drohen, sofern dieser Zustand auf einer krankhaften Willens- oder Verstandesschwäche beruht. Die Sachverständigen sind immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß die engste Abgrenzung des Personenkreises die Voraussetzung für ein solches Gesetz ist. Die Bewahrung ist

keine lebenslängliche Internierung, sondern ein abgestufter pädagogisch und fürsorgerisch geleiteter Erziehungsvollzug. Urlaub und Entlassung sind individuell durch den mit Laien durchsetzten Vollzugsausschuß zu regeln.

Insbesondere ist bei der Durchführung gedacht an die feste Station im Sinne des festen Hauses der Fürsorgeerziehung, an Arbeitsgruppen, entsprechend den Arbeitskommandos der Arbeitshäuser, an das Heim nach Art der Wanderheime und Arbeitskolonien, an die Altersstation und schließlich an den Anstaltsverband im Sinne der Familienpflege bei der Irrenfürsorge. Diese Möglichkeiten der Bewahrung haben erhebliche Gefahrenpunkte, nachdem sich aus der Irrenfürsorge die Mängel der sogenannten Familienpflege als Außenfürsorge und der Arbeitstherapie, insbesondere in pflegerlosen Abteilungen gezeigt haben. Die Schätzungen über die Zahl der Bewahrungsbedürftigen schwanken zwischen 10- bis 36 000. Wirtschaftliche Betriebsführung, wie man sie aus Irrenhäusern und Gefangenenanstalten kennt, bedingt die große Gefahr der Wirtschaftskonkurrenz auf dem freien Arbeitsmarkt, mit allen sonstigen Gefahren, die im Fehlen jeglicher Unfallversicherung, in der Schmutzkonkurrenz durch Wegfall ausreichender Bezahlung, in dem Mangel an ausreichend häufig vorgenommenen Nachprüfungen und den zu erwartenden Kasernenvollzug an Stelle des individualpädagogischen und individualpsychologischen Erziehungsvollzugs begründet sind.

Es ist deshalb besser, daß unter Voraussetzung des engstmöglichsten Personenkreises wegen der in der Bewahrung liegenden Freiheitsbeschränkung der eine oder andere Bewahrungsbedürftige nicht erfaßt wird, als daß Mißtrauen und Mißgriffe bei der Erfassung und beim Vollzug möglich werden und beide eventuell von einem weltanschaulich bedingten Werturteil abhängig werden könnten.

Besser wäre es, die bisherigen Vorschläge noch weiter zu prüfen und S i c h e r u n g e n g e g e n M i ß b r a u c h gesetzlich zu verankern. Keineswegs darf ein Bewahrungsgesetz dazu mißbraucht werden, das Gewissen der Gesellschaft zu beruhigen und die Aufmerksamkeit von notwendigen und umfassenden Maßnahmen abzulenken, die als wirkliche Quellen des Uebels in der kranken, krisenhaften und rücksichtslosen Zeit selbst liegen.

Die Krise der Arbeitstherapie

(Referat von Paul Levy (Reichssektion Gesundheitswesen).

Wie vor etwa drei Jahren, als ich schon einmal über dieses Thema im V. S. A. referierte, sei einleitend betont, daß ich mir kein Urteil über die Heilwirkung als solche erlaube, sondern daß ich das Problem vom wirtschaftlichen und sozialpolitischen Standpunkt aus behandeln werde.

Die Arbeitstherapie ist keine Errungenschaft der Neuzeit. Es liegt z. B. ein Dokument vor aus dem Jahre 1811, das ein Regulativ für die Anwendung der Arbeitstherapie in der Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein in Sachsen darstellt.

Erst Anfang der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts ist man zu einer aktiveren oder erhöhten Arbeitstherapie übergegangen. Im Jahre 1925 trat Dr. Simon-Gütersloh, mit der Behauptung an die Oeffentlichkeit, daß in seiner Anstalt 99% aller Kranken beschäftigt werden. Hier will ich, um Irrtümern vorzubeugen, einschalten, daß wir durchaus keine Gegner der Arbeitstherapie, sondern Befürworter derselben sind, soweit sie sich in einem vernünftigen Rahmen bewegt. Wir sind also nur Gegner der Auswüchse bei Anwendung der Arbeitstherapie. Lassen Sie mich des besseren Verständnisses halber einige solcher Auswüche kurz behandeln.

In der Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau wurde von einer Privatfirma eine große Fabrik errichtet, in der viele Kranke an elektrisch betriebenen Maschinen arbeiten und pro Tag etwa 8- bis 10 000 Kartons fabrikmäßig herstellen. Die Firma, die diese Fabrik zur Verfügung gestellt hat, ist aber nicht in der Lage, ihre Arbeiter in ihrem eigentlichen Unternehmen voll zu beschäftigen, weil nicht genügend Arbeit vorhanden ist. Ein anderer Fall! Wir hatten im Jahre 1928 einen Tabakarbeiterstreik. Mit dem Tage des Ausbruchs des Streiks wurden die Tabakfabrikate von Geisteskranken in den Heil- und Pflegeanstalten hergestellt. Der Verdienst eines Kranken bewegte sich zwischen 12—17 Pfg. pro Tag, und zwar bei einer Arbeitszeit bis zu 12 Stunden. Die schlimmsten Auswüchse stellen aber die pflegerlosen Abteilungen dar. In Hildesheim bei Hannover wurden in der Heil- und Pflegeanstalt 18 Abteilungen mit 472 Kranken von Pflegepersonal völlig entblößt. Die Folgen dieses Experiments waren erschütternd. Schon in den ersten zwei Jahren waren eine Anzahl von „Unglücksfällen" mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Trotzdem haben das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt und der preußische Landesgesundheitsrat den Standpunkt vertreten, daß es sich um Versuche von so hohem Wert handle, daß sie nicht gestört werden dürfen. Durch unsere eingehende publizistische Arbeit ist jedoch eine Einschränkung der Ar-

beitstherapie und nach langwierigen Kämpfen eine Beseitigung der pflegerlosen Abteilungen möglich gewesen. Aber schon jetzt zeigt sich eine neue Gefahr. Der Reichssparkommissar hat bekanntlich ein Gutachten erstattet, nach dem ein erheblicher Abbau von Aerzten und Hilfspersonal möglich sein soll. In Hessen hat man den Ratschlägen des Reichssparkommissars zum Teil Folge geleistet. Man ist dort zu Zuständen gekommen, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Ein Bericht aus den letzten Tagen zeigt uns, daß Kranke von 4½ morgens bis 6 Uhr, ja sogar bis 8 Uhr abends im Kuhstall beschäftigt werden, und daß man sie ganz schwere Arbeiten in den Kohlenlagern verrichten läßt. Eine derartige Beschäftigung kann nach meiner Auffassung nicht dem Heilzweck dienen und stellt eine große Gefahr auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und sozialhygienischem Gebiete dar.

Die Geisteskranken gehören im Sinne des Gesetzes nicht zu den Arbeitnehmern. Sie fallen nicht unter die Arbeitszeitverordnung, nicht unter das Betriebsrätegesetz, sie sind nicht gegen Unfall versichert und sind deshalb auf Gedeih und Verderb den Sparsamkeitsaposteln ausgeliefert. Hier zeigt sich die Notwendigkeit, in den vorliegenden Entwurf eines Bewahrungsgesetzes Bestimmungen hineinzuarbeiten, die dem Schutze dieser Menschen dienen.

Und nun zum letzten Kapitel! Es handelt sich um die Außenfürsorge, die einen ähnlichen Werdegang genommen hat wie die Arbeitstherapie. Sie wurde nach einem Dokument des Karlsruher Hofrats Dr. Jägerschmidt schon im Jahre 1774 angewandt. Einen wesentlichen Aufschwung hat die Außenfürsorge in den Nachkriegsjahren genommen. Dafür sind zwei Gründe ausschlaggebend: 1. ist man erfreulicher Weise zu der Auffassung gekommen, daß den Anstaltskranken, bevor sie ins Erwerbsleben zurückkehren, die Möglichkeit der Eingewöhnung durch ein Uebergangsstadium gegeben werden muß; 2. — das dürfte der Hauptgrund sein — ist die Anzahl der Geisteskranken ganz wesentlich im Steigen begriffen, und die Möglichkeit, sie anstaltsmäßig unterzubringen, nicht mehr gegeben. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung gibt es in Deutschland 80 000 Geisteskranke in Außenfürsorge. Davon sind 75 Prozent in Familienpflege und davon wiederum 80 Prozent in der Landwirtschaft untergebracht. In der Regel schließen die Anstaltsverwaltungen mit den Familien Verträge ab. Ganz abgesehen davon, daß der Inhalt dieser Verträge oft zu Beanstandungen Anlaß gibt, ist die Ueberwachung der Einhaltung dieser Verträge deshalb als äußerst mangelhaft zu bezeichnen, weil nicht genügend Aerzte und Pflegepersonal dafür vorhanden sind. In der Praxis wirkt sich das so aus, daß die Kranken alle 4 bis 6 Wochen einmal — oft in völlig ver-

wahrlostem Zustand — zum Baden, Rasieren und Neueinkleiden in die Anstalt gebracht werden. Mißhandlungen von Kranken gehören nicht zu den Seltenheiten. Oft werden die Kranken von den Familienangehörigen oder Dorfbewohnern gehänselt und künstlich in Erregung gebracht. Sie spielen die Rolle des Dorfsdepp. Hier macht sich der Mangel gesetzlicher Schutzbestimmungen ganz besonders bemerkbar.

Wenn man sich die Frage vorlegt, warum gerade die Landwirte diese Kranken gerne in ihre Familien aufnehmen, so kommt man zu dem logischen Schluß, daß sie es sicherlich nicht deswegen tun, weil sie sich besonders dazu veranlagt fühlen, Geisteskranke oder Schwachsinnige zu brauchbaren Menschen zu erziehen, oder weil ihnen der Umgang mit Geisteskranken besonders angenehm wäre, sondern lediglich aus dem Grunde, weil sie dadurch billige Arbeitskräfte bekommen, die sie nach Belieben behandeln und ausbeuten können. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß diese Geisteskranken nicht nur keinen Lohn erhalten, sondern daß die Landwirte für jeden Geisteskranken noch einen Betrag von 30—40 Mark pro Monat dazu bekommen.

Es soll anerkannt werden, daß es auch solche Anstalten gibt, die für eine recht gute Unterbringung der Kranken Sorge tragen. Im großen und ganzen aber beweisen die Zustände, daß man gesetzliche Vorschriften auf keinen Fall entbehren kann.

Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer Gesetze bekommen. Es sei hier nur an die Erweiterung der Unfallversicherung, an die Arbeitszeitverordnung und an den Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes erinnert. Immer ist seitens der Regierung der Standpunkt vertreten worden, daß im Rahmen dieser Gesetze Schutzbestimmungen für die Geisteskranken nicht aufgenommen werden können, weil es sich bei ihnen nicht um Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes handelt. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, beim kommenden Bewahrungsgesetz diesen Schutz zu schaffen. Wer es ehrlich meint mit der Gesundheit des Volkes, wer diesen armen Opfern einer kapitalistischen Wirtschaftsführung helfen will, muß sich mit uns für eine entsprechende Ausgestaltung des Bewahrungsgesetzes einsetzen.

Diskussionsbemerkung von Prof. Julius Heller:

Die Arbeitstherapie ist am Beginn der 80. Jahre des vorigen Jahrhunderts bewußt in der Kahlbaumschen Anstalt in Görlitz für Nerven- und Geisteskranke durchgeführt worden. Sie hat gerade den Syphilidologen stets sehr beschäftigt, weil auf den Geschlechtskrankenstationen meist Menschen, die ihrer Ansteckungsfähigkeiten halber klinisch behandelt werden, sich

befanden, die abgesehen von dem spezifischen Leiden eigentlich nicht krank waren. Unter der Leitung von Ordensschwestern werden die Prostituierten der Charitéklinik mit Näharbeiten für das Krankenhaus beschäftigt. Man bleibt aber immer in dem Dilemma; entweder die Arbeit der Kranken ist wirtschaftlich wertvoll, dann ist sie eine unerträgliche Konkurrenz für die freien Arbeiter, oder aber sie ist wirtschaftlich wertlos, dann ist sie wieder sinnlos. Die Unmöglichkeit der Lösung des Problems hat sich erst jüngst in einer Aussprache gezeigt, die sich an den Vortrag des Herrn E. Langer anschloß.

Der Anstieg der Geisteskranken in den Irrenanstalten, den Herr Levy erwähnt, ist auf die große Sterblichkeit der Anstaltsinsassen während der Hungerjahre einerseits und auf den Rückgang der Alkoholpsychosen während und nach dem Kriege zurückzuführen. Der Anstieg hängt einerseits mit dem vermehrten Alkoholkonsum, andererseits mit dem wirtschaftlichen Untergang des Mittelstandes zusammen. Kreise, die früher für ihre Kranken in anderer Weise sorgten (Privatpflege, Wärter usw.), müssen sie jetzt öffentlichen Anstalten zuweisen. An den dankenswerten Ausführungen des Herrn Loewenstein hat mich vor allem der Wechsel des Redners in der Wertschätzung des „Bewahrungsgesetzes" interessiert. Ich stand der Idee stets zweifelnd gegenüber. Soll das Bewahrungsgesetz wirklich der Volkswohlfahrt dienen, so muß es auf alle die Psychopathen ausgedehnt werden, die dem Kampf mit dem Leben nicht gewachsen sind, die eben vor Konflikten mit den Lebensmächten bewahrt werden sollen. Man sprach doch immer davon, daß dies Gesetz die Kosten für die Kriminellen, Pflegebedürftigen, Süchtigen herabsetzen solle. Ich sehe noch andere Schwierigkeiten, als die mir allerdings auch ganz unüberwindlich erscheinenden finanziellen. Bewahrungsmaßnahmen sind für gemeingefährliche Geisteskranke oder Verbrecher durchzuführen; wie will man aber ohne Zwang Psychopathen in den Anstalten festhalten, die doch eigentlich ein Recht auf Freiheit haben. Was soll geschehen, wenn in diesen Menschen der Wandertrieb (Vagabunden) mit unwiderstehlicher Kraft erwacht? Wie soll man den Drang nach einer dem Bewahrten angemessen erscheinenden Tätigkeit ablenken? Wie soll man vor allem die Sexualfrage regeln? Ich sehe hier Schwierigkeiten bei der praktischen Durchführung, auf die der Herr Redner nicht eingegangen ist; ich möchte aber auf die Erfahrungen verweisen, die Pastor B o d e l s c h w i n g h mit seinen Heimen gemacht hat. So anerkennenswert das Werk dieses Menschenfreundes ist, seine Beobachtungen zeigen die großen Schwierigkeiten einer gesetzlichen Regelung.

Kampf um gesundheitliche Sicherheit in Sowjet-Rußland*)

Von Max Hodann

In der Republik der Arbeiter und Bauern ist Menschenökonomie der oberste Gesichtspunkt jeder gesundheitspolitischen Maßnahme. Daher die Organisierung des Gesundheitswesens unter dem Gesichtspunkt vorbeugender Fürsorge, daher das Ueberwiegen der sozialen Hygiene, der gesellschaftliche Zusammenhänge beeinflussenden Bemühungen der Aerzte über die „individuelle Hygiene". Irgendwelche Rücksichten auf private Interessen gibt es hier so wenig wie irgendwo sonst in der Union. Die törichte Trennung der „Beratung" von der ärztlichen „Behandlung", die im gesundheitlichen Fürsorgewesen Deutschlands im großen und ganzen von den Vertretern der Portemonnaie-Interessen der Privatärzte erzwungen wurde, ist in der Union unbekannt und wird von den Fachleuten wie vom Publikum ungläubig belächelt. Die Sozialisierung des Gesundheitswesens unter der Leitung des Gesundheitsministeriums hat es ermöglicht, das Land mit einem Netz von Ambulatorien, Dispensaires und „Gesundheitspunkten" zu überziehen, in denen die ärztlichen Rates bedürftige Bevölkerung untersucht und behandelt oder von wo aus die häusliche Behandlung oder die Ueberführung ins Krankenhaus geregelt wird.

Darüber, daß trotz dieser organisatorisch vorbildlichen Gestaltung der gesundheitlichen Fürsorge in der UdSSR die Erfolge noch vielfach zu wünschen lassen, ist sich die Leitung des Landes durchaus im klaren. Der Rat der Volkskommissare erließ am 7. Juli 1929 eine Verordnung aus der Erwägung, „daß die Verbesserung des gesundheitlichen Zustandes eine große Bedeutung für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes" hat.

Es ist besonders der ungünstige Zustand der Industriepunkte, die außerhalb der Städte gelegen sind, zu vermerken, wodurch die Zunahme der Erkrankungsziffer der Arbeiter und die Verminderung der Ergiebigkeit ihrer Arbeit bewirkt wird. Es ist festzustellen, daß das Gesundheitswesen negativ beeinflußt wird durch ungenügende Gewährung von Mitteln zu diesem Zweck sowohl durch die Gesundheitsschutzorgane wie auch besonders durch kommunale Organe und Wirtschaftsorganisationen; ungenügendes Zusammenarbeiten der Organe des Gesundheitswesens und der kommunalen und wirtschaftlichen Organe auf diesem Gebiet, Unzulänglichkeit des plan-

*) Wir bringen aus dem kürzlich im Universitas-Verlage erschienenen Buch unseres Gen. Hodann: „Sowjetunion. Gestern. Heute. Morgen", einen Abschnitt zum Abdruck. Die Red.

mäßigen Arbeitens des Volkskommissariats . . ., unbefriedigende Lage der systematischen Erforschung der gesundheitlichen Zustände . . ., ungenügende Heranziehung der Aufmerksamkeit der öffentlichen Organisationen . . ." Es sind dann vom Rat der Kommissare eine Reihe durchgreifender Aenderungsvorschläge zur Besserung der Lage gemacht worden.

Die Schwierigkeiten ihrer Durchführung liegen einmal in der Unaufgeklärtheit vor allem der bäuerlichen Massen, dann aber in dem objektiven Mangel an ausgebildetem Personal und medizinischen Hilfsmaterial, insbesondere an der vorläufig verschwindend geringen Zahl von Krankenhausbetten, die auch bei Erreichung der für ihre Vermehrung vorgesehenen Planziffern noch längst nicht ausreichen dürften.

Aerzte gab es in der ganzen Union am 1. Januar 1928 48 877, davon 28 898 in den Städten, von denen wiederum 5752 als ausschließlich den gesundheitlichen Einrichtungen des Transportwesens zur Verfügung stehend aufgezählt werden. Die Bettenziffer läßt sich vergleichsweise beurteilen, wenn wir wissen, daß man zu hinreichender Versorgung einer Bevölkerung bei durchschnittlicher Erkrankungsziffer 7 bis 8 Betten auf 1000 Einwohner ansetzen muß, die Ziffern etwa für RSFSR dagegen für die Städte 7,2 vom Tausend, für die ländlichen Bezirke 0,55 vom Tausend ergeben.

Wenn man dieses vorläufig noch unausgeglichene Mißverhältnis zwischen Heilbedürftigkeit und wirklich vorhandener bzw. erreichbarer Hilfe angesichts der überwiegend ländlichen Bevölkerung des Landes nicht kennt und ferner nicht berücksichtigt, wie sehr die schlechten Verkehrsverhältnisse die Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe erschweren, so kommt man bei dem Versuch, gesundheitliche Vorgänge in der UdSSR zu beurteilen, notwendig zu ganz falschen Schlüssen.

Kennzeichnend für das Medizinalwesen der UdSSR ist im Gegensatz zu der bei uns immer noch üblichen Methode, daß man mit Entschiedenheit bemüht ist, die Medizin jedes Geheimcharakters zu entkleiden. In jeder Fürsorgestelle, in jedem Warteraum eines Krankenhauses oder Ambulatoriums sind die Wände mit Plakaten medizinischer Aufklärung behängt, die meisten größeren Fürsorgestellen haben zum Teil ausgezeichnete kleine Ausstellungen über das in ihnen bearbeitete Fachgebiet zur Belehrung der Ratsuchenden, die auf diese Weise die oft lange Wartezeit nützlich verbringen können. Ueberall sind Fragekasten vorhanden, in die Zettel mit Fragen aus dem Gesamtgebiet der Gesundheitspflege eingeworfen werden können, die dann von den diensttuenden Aerzten mittels schriftlichen Aushangs am „schwarzen Brett" laufend beantwortet werden. Der eine oder andere der behandelnden Aerzte hält dem wartenden Publikum kurze 10 bis

20 minütige Aufklärungsvorträge, während die Kollegen untersuchen und behandeln. So versucht man, das notwendige Wissen ins Volk zu tragen und den Aberglauben zu beseitigen.

Eine sehr wichtige Frage des Gesundheitswesens bildet das Problem des Alkoholismus. Man hat sich in breiten Kreisen Europas sehr darüber gewundert, um nicht zu sagen entrüstet, daß die Sowjetregierung in der Alkoholpolitik die Nachfolgerin der Zarenregierung geworden zu sein scheint. Man lese etwa, wie ein Schriftsteller wie A. E. Johann die Situation ansieht: „Hammer und Sichel bilden das Sowjetwappen; wenn man darüber noch eine von einer Gloriole umstrahlte Schnapsflasche anbringen würde, wäre das Wappen in Ordnung". So der eine. Der andere: „Man setzt sich zu den Arbeitern im Park in die Stalowajas, die kleinen Trinkhallen, wo sie allabendlich bei einem Glas Milch oder Tee hocken. Verschwunden ist allerdings nicht nur der Mystizismus, um den die edlen deutschen Geister trauern, sondern auch die Kehrseite des Mystizismus — der Schnaps". Wer hat recht? — unsere alte Frage! Stimmt es mit der Schnapsflut, oder ist der Schnaps „verschwunden"?

Es gibt allen Ernstes organisierte Arbeiter, die einen der böswilligen Verleumdung der Sowjetunion verdächtigen, wenn man ihnen sagt, daß selbst in Moskau gelegentlich eine Elektrische halten muß, bis Schaffner und hilfreiche Passanten einen Betrunkenen, der sich gerade auf die Schienen schlafen gelegt hat, sorgsam in den Rinnstein getragen haben. Daraus darf man weder schließen, daß der Verkehr der Straßenbahn durch Betrunkene gestört wird, noch daß es keine Betrunkenen gibt. In der Tat ist es so:

Im Jahre 1913 bezog der Zar 26 v. H. des Staatseinkommens aus dem Schnapsmonopol. Dieses Verbot galt bis 1921. Die ungeheuren Gesundheitsschäden, die man verzeichnen mußte als Folge des Genusses von hausgebranntem Alkohol, des sogenannten Ssamogons, zwangen dazu, die Alkoholproduktion wieder unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Damit aber begann gleichzeitig ein immer noch andauernder Kampf zwischen Narkomsdraw und Narkomfin, dem Gesundheits- und dem Finanzministerium. Das Narkomsdraw suchte zu drosseln, das Narkomfin zu fördern. In der Praxis spielt als Genußmittel in der Union eigentlich nur der Schnaps, die „Wodka", eine Rolle. Die Einnahmen aus der Alkoholsteuer steigerten sich von 2 v. H. des Gesamthaushalts 1923/24 auf 12 v. H. 1927/28. 1927 gewann der Staat zur Durchführung des Wirtschaftsprogramms 500 Millionen Rubel aus der Branntweinwirtschaft. Angeblich — Stalin hat es selbst 1927 im Herbst betont — bedeute das angesichts der scharfen Verfolgung der Ssamogon-Hausbrennerei an sich keine Steigerung des Alko-

holismus. Immerhin sind die Ziffern, die amtlich bekannt gegeben werden, und die jeder Ungläubige etwa in den Gesundheitsausstellungen des Narkomsdraw nicht nur in Moskau kontrollieren kann, einigermaßen beängstigend. Von 1924/25 bis 1927/28 stieg der Schnapsverbrauch von 510 000 Hektolitern auf 5 100 000 Hektoliter — auf das Zehnfache also!

Angesichts dieser Entwicklung ist man zu energischen Gegenmaßnahmen geschritten. Am 29. Januar 1929 beschloß der Rat der Volkskommissare eine Reihe von antialkoholischen Maßnahmen. Zunächst wurde das „Geindebestimmungsrecht" eingeführt, wonach die Arbeiterräte in ihren Siedlungen die Einstellung des Spirituosenhandels beschließen können. Neue Verkaufsstellen dürfen überhaupt nicht eingerichtet werden. Alkoholreklame an öffentlichen Stellen, in Bahnhöfen, Schaufenstern und in der Presse, sowie Ausstellen von Spirituosen in Schaufenstern ist untersagt. Diese Maßnahmen werden tatsächlich durchgeführt. Daneben erscheint es mir überaus bemerkenswert, daß in Vergnügungsstätten, die gleichzeitig Belehrungsstätten sind, wie die „Kultur- und Erholungsparks", kein Alkohol ausgeschenkt wird. Es werden ferner mit Unterstützung der Behörden groß angelegte Alkoholgegnerwochen organisiert. Man sieht dann in allen öffentlichen Verkehrsmitteln Anschläge: Jede Wodka ist ein Feind des sozialistischen Aufbaus! Meidet die Wodka! Weg mit Wodka und Bier aus dem Leben des Arbeiters! Alle hinein in die Gesellschaft zur Bekämpfung des Alkoholismus! Zum Jahrestag der Oktoberrevolution bildeten sich allenthalben Züge der Kinder mit Schildern: „Nieder mit der Wodka! Gegen die betrunkenen Väter!" Die Kinder zogen vor die Fabriken und holten ihre Väter unter diesen Losungen ab. Man hofft im Vertrauen darauf, daß der Staat ja letzten Endes die Produktion des Alkohols in der Hand habe, den gestiegenen Verbrauch wieder abdrosseln zu können, ist sich aber klar darüber, daß das angesichts der eingewurzelten Trinksitten, der allgemeinen Unbildung und der Ssamogonherstellung nicht durch sofortiges Verbot, sondern nur durch zähe Erziehungsarbeit erreichbar ist. Die Finanzgesichtspunkte werden auf die Dauer den Bemühungen des Narkomsdraw kaum noch im Wege stehen, nachdem Deutschmann nachgewiesen hat, daß 728 Millionen Einnahmen aus dem Alkoholmonopol ein Schaden von 1270 Millionen gegenübersteht (Arbeitsdisziplin, Gesundheitsschäden, Kriminalität — in Leningrad wurden 1926 95 000 Personen wegen Betrunkenheit festgenommen, also eine Verhaftung auf jeden vierten erwachsenen Mann. In Moskau sind es jährlich etwa 100 000, in Rostow 40 000 Festnahmen).

Nicht erwähnt ist in dieser Aufstellung eine Einrichtung, die im vorbeugend-gesundheitlichen Sinne für den im Arbeits-

prozeß Stehenden höchste Beachtung verdient: die Nachtsanatorien. Das sind krankenhausmäßig eingerichtete Häuser, in die die eingewiesenen Patienten des Abends direkt von der Arbeit gehen. Sie erhalten dann dort Bäder, jede Art medizinische Versorgung, Verpflegung, und haben für den Abend angemessene Unterhaltungs- und Leseräume zur Verfügung. Sie schlafen in geräumigen Zimmern oder Sälen, was angesichts der schlechten Wohnungen von besonders großer gesundheitlicher Bedeutung ist. So haben sie eine gründliche Behandlungs- und Erholungsmöglichkeit, ohne daß sie während dieser Zeit aus dem Produktionsprozeß auszuscheiden brauchen. Am Morgen gehen sie vom Nachtsanatorium direkt wieder zur Arbeit. Eine Einrichtung, die mir der Nachahmung dringend wert erscheint.

Was man in Kreisen der gesundheitsfürsorgerisch tätigen Personen in der Sowjetunion immer wieder findet, ist die ungeteilte Hochachtung und Bewunderung vor den Leistungen der deutschen Medizin. Was in Deutschland in der Forschungsarbeit am kranken Menschen gefunden wurde, wird „drüben" im sozialisierten Apparat sozialhygienisch weiterverwertet. Und so kann von diesem Apparat viel Befruchtendes zu uns zurückfließen, wenn man bedenkt, was Prof. Roesle so richtig betont hat, daß „der Gesundheitszustand der Bevölkerung in Rußland viel klarer beurteilt werden kann als in jedem anderen Lande, denn man kennt die Erkrankungshäufigkeit der Bevölkerung und ihre Ursachen. Deren Kenntnis würde vielleicht auch anderen Regierungen ihren gegenwärtigen Optimismus rauben, den hinsichtlich der Beurteilung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung ihnen die sinkende Sterblichkeitsziffer nach dem Kriege aufoktroyiert hat. Der russische Pessimismus aber (im Hinblick auf den zitierten Aufruf der Volkskommissare betr. Gesundheitswesen vom 7. Juli 1929) war schon immer der Impuls gewesen, der die gewaltigen Energien dieses Landes wachgerufen hat."

R U N D S C H A U

Politische Anatomie.

Der Direktor der anatomischen Anstalt der Universität Berlin, Herr Professor Rudolf F i c k, im Hauptberuf sachlicher, gründlicher Lehrer und Wissenschaftler, fühlt sich seit jeher bemüßigt, auch nicht ganz in sein Fach hineinpassende Themen in geschickter Weise dem üblichen Lehrstoff der Anatomie einzugliedern. Auf daß auch die Allgemeinbildung der jungen Mediziner nicht durch das einseitige Studium leide!

Gehirnganglien beispielsweise sind besonders geeignet, das Prinzip der Hegemonie des Gehirns über den Körper, lies: des Monarchen über das Volk, zu demonstrieren.

Die Tatsache, daß französische Offiziere versteinerte Genitalien als Amulette bei sich tragen, muß auf anatomischer Basis dazu benutzt werden, wieder einmal die Minderwertigkeit der Franzosen unseren deutschen Helden gegenüber festzunageln. Was dagegen unsere Mariner — abergläubisch wie die jeder anderen Nation — für Talismane usw. besaßen und besitzen, gehört berechtigterweise nicht in den Lehrplan der Anatomie.

Wenn, um noch ein besonders aktuelles Beispiel anzuführen, nationalsozialistische Bürgersöhnchen im Hörsaal der Anatomie durch Ansprachen für Demonstration gegen den Remarque-Film Propaganda machen, so bekommen die sozialistischen Mediziner auf ihre Beschwerde hierüber einen Bescheid, in dem sie gründlichst darüber aufgeklärt werden, was der Standpunkt eines republikanischen Hochschulprofessors in bezug auf eine „derartige unerfreuliche Erscheinung", die es während des Krieges „meisterhaft verstand, sich zu drücken", sei. Gemeint ist mit der Erscheinung „Erich Remark, der sich selbst in E. Maria Remarque französiert hat." „Ich bin", so schreibt er wörtlich, „wie wohl jeder deutschempfindende Mensch, von tiefer Empörung über den zugestutzten amerikanischen Deutschenhetz-Film, der auch nach der Stutzung noch eine Selbstbesudelung darstellt, erfüllt." Dieses und ähnliches zu bekennen, ist für Herrn Fick als Professor, nach eigener Aussage „erste Ehrenpflicht".

Erste Ehrenpflicht eines preußischen Kultusministers wäre es, durch die Tat zu beweisen, daß Preußen bis auf weiteres kein Thüringen ist.

Religion ist Trumpf.

Die Zulassung zu öffentlichen Aemtern soll nach dem § 136 der deutschen Reichsverfassung „unabhängig von dem religiösen Bekenntnis" sein. Darum sucht eine dem Thür. Ministerium unterstellte Staatskrankenanstalt in den „Aerztlichen Mitteilungen" einen Kinderarzt, der aber evangelischer Konfession sein muß. Vor den Toren Berlins sieht es nicht anders aus. In der Nummer vom 21. Februar d. J. des „Gr. Berliner Aerzteblatt" findet sich ein Inserat, in dem für ein neuerbautes städtisches Krankenhaus in Bad Freienwalde (Oder) ein Assistenzarzt gesucht wird. Nur evangelische Bewerber sollen sich bei dem Magistrat melden. Die genannten Aerztezeitschriften, die eine strenge Inseratenkontrolle üben, haben

gegen die Verfassungsverletzung und gegen die Zurücksetzung ihrer nichtevangelischen Kollegen nichts einzuwenden. Sache der sozialistischen Parteien und ihrer Fraktionen in den betreffenden Körperschaften muß es sein, gegen den reaktionären Geist der Behörden energisch Front zu machen.

Der Setzer ist schuld!

In der letzten Nummer des „Soz. Arzt" gaben wir unserer Freude Ausdruck, daß wenigstens in einer Beilage der „Aerztl. Mitteilungen" auf der Grundlage erschütternder Zahlen die Aufhebung des „Schandparagraphen 218" gefordert wurde. Allerdings, wir waren skeptisch, ob diese neue Erkenntnis sich nicht doch vielleicht nur durch einen Zufall oder einen bedauerlichen Irrtum Bahn gebrochen hat. Es war ein „bedauerlicher Irrtum"! Man liest im „Hörrohr" vom 7. Februar folgende humoristische

„Erklärung!

Im Januarheft des „Hörrohr" erschien unter dem Titel „Wissen Sie schon?" u. a. eine Notiz, die auf den Abtreibungsparagraphen 218 Bezug nimmt und seine Aufhebung propagiert.

Nur durch ein bedauerliches Versehen in der Druckerei, ohne Kontrolle der Schriftleitung, war es möglich, daß diese Notiz mit altem Stehsatz zusammen Aufnahme in unserer Zeitschrift fand.

Selbstverständlich hat sich die Einstellung der deutschen Aerzteschaft in dieser Frage nicht geändert, sie wird auch in Zukunft in weit überwiegender Mehrheit gegen die Aufhebung des § 218 sein.

Die Schriftleitung."

Der Setzer hat böswillig den Stehsatz gemixt und jene erste fortschrittliche Notiz heimlich untergeschoben! Arme Schriftleitung, hineingelegt von der Stimme des Volkes, das aus eigener bitterer Erfahrung weit vernunftgemäßer urteilt, als der „verderbliche Einfluß kurzsichtiger, bösartig vergreister Kollegen" — wie die „Reichsnotgemeinschaft Dtsch. Aerzte" in einem internen Rundschreiben von der Leitung des Hartmannbundes spricht — zulassen will. Die reaktionäre Einstellung der Kollegen an der Spitze, die unberechtigterweise für die deutsche Aerzteschaft sprechen, wird die Entwicklung zu einer vernünftigen Bevölkerungspolitik und gegen die Schäden des Abtreibungsverbotes nicht hemmen können. Der Setzer hat Recht. Und er erhält immer mehr Unterstützung aus weiten Kreisen der deutschen Aerzte. Seine Anschauung — die auch die unsere und die aller werktätigen Schichten ist — setzt sich bei allen fortschrittlichen, verantwortungsbewußten Aerzten durch: Gegen den barbarischen Gebärzwang für die proletarischen Frauen!

Wo nicht gespart wird!

Die Rentenansprüche Unfallverletzter und Kriegsbeschädigter werden gedrückt, abgebaut und abgewiesen. Die für die Unfallgenossenschaft so praktische „Gewöhnung" enthebt sie jeder weiteren Entschädigung. Unfallneurosen werden als Heilungsmethode gesund geschrieben. Fürsorgeleistungen für Kriegsbeschädigte werden rigoros eingeschränkt.

Helfersdienste für diese „Sparmaßnahmen" leisten die amtlichen Gerichtsärzte, deren Liquidationen für Gutachten bei Rentenansprüchen aber im umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Sparsamkeit bei ihren Opfern stehen. Es ist lehrreich, eine solche detaillierte Liquidation kennen zu lernen:

„Kammergericht Berlin Aktenzeichen In Sachen X Y ist meine Liquidation nach der Preugo aufgestellt.

1. Eingehende Untersuchungen am 13. 1. und 30. 4. 30. Teil II 1a Spielraum 1.—20 — 20,—

   Es handelte sich um sehr eingehende u. langdauernde Untersuchungen, die sich beide Male auf den ganzen entblößten Körper des X. erstrecken mußten. Es waren hier sehr viele Einzelheiten zu beachten. Außerdem war eine sehr umständliche Anamnese aufzunehmen. Ferner war es erforderlich, daß ich einmal den Bruder des X. und die Verlobte des X. hinsichtlich ihrer Beobachtungen, die sie an dem X. gemacht hatten, eingehend befragte. Das Ergebnis dieser Ausfragung entsprach leider nicht dem Zeitaufwand und der Mühe, die ich mir gegeben hatte; denn beide dem X. nahestehenden Personen vermochten nicht etwas wirklich Stichhaltiges zu bekunden.

2. Eine eingehende, das Maß des Gewöhnlichen weitübersteigende physikalische Untersuchung der Brustorgane, auch unter Anwendung von Röntgenlicht. Teil IIb 19 i. Verb. mit 21 Spielraum 2.— bis 20,— und 5,— bis 75,— M. Die Untersuchung erfolgte am 20. 1. 30 — 20,—

   Die Ueberschreitung des Mindestsatzes wird damit begründet, daß es sich um genaue Feststellung zahlreicher Einzelheiten handelte, nämlich um Feststellung der Größe und Gestalt des Herzens, seine Aktion, Verhalten des Mittelfeldes und Zwerchfells und beider Lungen und der Lungenwurzeln. Diese Untersuchung war zur Abgabe meines Gutachtens unerläßlich.

3. Eine eingehende Untersuchung am 28. 4. 30 in der chirurgischen Klinik. Teil IIa 2a Spielraum 2,— bis 40,— — 10,—

   Die Ueberschreitung des Mindestsatzes wird damit begründet, daß es sich bei dieser Untersuchung um Feststellung sehr vieler Einzelheiten handelte und Anwendung z. T. sehr schwieriger Untersuchungsmethoden. Außerdem waren die Klagen des Herrn X. so vielseitig, daß sich die Untersuchung außerordentlich zeitraubend gestaltete.

4. Für das Gutachten liquidiere ich nach Teil IIa 15f — 60,—

   Die Forderung des Höchstsatzes wird damit begründet, daß es sich um ein sachlich schwieriges, wissenschaftlich begründetes Gutachten handelt. Im übrigen beziehe ich mich auf das Gutachten selbst.

5. Bare Auslagen: Bar verauslagt an Herrn Prof. Z. für Benutzung der Röntgenlaboratoriumseinrichtungen zur Durchleuchtung der Brustorgane — 5,—

6. Fuhrkosten: 2 mal 1,20 M nach Xstraße — 2,40
   2 mal 1,50 M nach Xstr. — 3,—
   Hin- und Rückfahrten.

   Ich bitte, mir die Autos ausdrücklich durch Gerichtsbeschluß zu bewilligen. Ich versichere, daß ich zur Zeit, als ich mit diesem Gutachten befaßt war, mindestens 50 laufende und eilige Aufträge hatte. Dazu muß ich zweimal täglich Sprechstunde abhalten und Termine wahrnehmen und die Abende müssen frei bleiben für das Diktat von Gutachten.

   Ich frage meinerseits an: wo sollte ich die Zeit zu den Vorbesuchen hernehmen, wenn ich mich nicht dabei der schnellsten Hilfsmittel bedienen könnte?

7. Schreibgebühren (fremde Hilfe versichert)
   15 Seiten à 50 Pfg. — 7,50
   30 Seiten à 5 Pfg. — 1,50

Stenogramm (bare Auslage versichert)
15 Seiten à 20 Pfg. 3,—
Meine Forderung auf Ersatz der Schreibgebühren und der baren Auslagen für Stenogramm gründet sich auf Teil IIa 15 der Preugo. Hier heißt es, daß Schreibgebühren in angemessener Höhe zu ersetzen sind. Als angemessen erachte ich Ersatz der mir tatsächlich entstandenen baren Auslagen. Nur diese sind in der mir entstandenen Höhe berechnet.

8. 3 Ladungen des zu Untersuchenden à 30 Pfg. —,90
9. Rücksendung der Akten —,40
10. Umsatzsteuer von M. 110 —,80

M. 134,50

Med.-Rat XYZ
Gerichtsarzt i. R.

Ich bitte um Ueberweisung des Betrages auf Postscheckkonto 0000.

M. 134,50 sind aus Kap. des Haushalts zu zahlen.
Berlin, den 20. 9. 30.
Kammergericht Zivilsenat".

Nur keine Zeit verlieren, Herr Medizinalrat! Es wäre ja ein unersetzlicher Verlust — für Sie, wenn Sie einen der 50 harrenden Gutachterdelinquenten auslassen müßten. Erstaunlich nur, daß Sie in Ihrer wohlerwogenen Aufstellung die Kosten für Abnützung Ihrers Hörrohres, Ihres Gehörs und Ihrer Pyramidenzellen vergessen haben! Und wo bleibt die Berechnung für Amortisation Ihrer Schreibmaschine, Ihrer Sprechzimmereinrichtung und Ihrer Briefwage?

Bei der raffiniert geschickten Diktion Ihrer Liquidation mit scheinwissenschaftlichem Anstrich, bei den Jongleurkunststücken mit physikalischen Untersuchungsmethoden! Man denke: Herz nach Gestalt und Größe, am ganzen „entblößten" Körper — da hätte das Gericht das alles bewilligt, sicherlich auch neben der Umsatz- noch die Einkommensteuer! Die Wissenschaft ist unseren Gerichten teuer, und sie kommt die Unfall- und Kriegsopfer teuer zu stehen.

Gesundheitsdienst bei Naziärzten.

Zu der Notiz in der Februar-Nummer des Soz. Arzt ersucht uns der Rektor der Königsberger Universität „im Interesse der Ehre der Universität" um Aufnahme der nachfolgenden Zeilen:

In einigen Königsberger Zeitungen sind Anfang Dezember v. Js. Mitteilungen erschienen, nach denen ein Polizeiwachtmeister, der sich in der chirurgischen Universitäts-Poliklinik einer Operation unterziehen mußte bei Beginn und am Ende der Narkose von Studenten der Medizin in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter aufs gröblichste beschimpft und beleidigt worden sei. — Das auf Antrag dieses Polizeibamten eingeleitete staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren hat keinerlei Beweis für diese Anschuldigungen erbracht und ist infolgedessen in diesen Tagen eingestellt worden.

Nach den Ermittlungen — die Vernehmung erfolgte bei dem leitenden Arzte und dem Krankenpflegepersonal unter Eidesleistungen — ist keine der behaupteten Beschimpfungen gefallen, ja es war den Studenten sogar nicht einmal bekannt, daß der betreffende Patient Polizeibeamter war. Die falschen, lediglich durch den infolge der Narkose eingetretenen Traumzustand-Vorstellungen des Patienten können erklärt werden.

Die Universität hat mit Rücksicht auf die schwebenden gerichtlichen Untersuchungen bisher geschwiegen. Der Schaden, der durch die Darstellung und Propagandierung des von dem Polizeibeamten behaupteten Vorganges — vor jeder Klärung des Sachverhaltes — auch in auswärtigen Zeitungen und Fachzeitschriften angerichtet wurde, ist aber so groß, daß die Universität im Interesse der Ehre insbesondere der Studentenschaft und des beteiligten Privatdozenten Dr. Erb sowie eines ihrer Institute, den wahren Sachverhalt im Vorstehenden der Oeffentlichkeit übergeben muß!

Der Rektor der Albertus-Universität
Mitscherlich.

Die Einstellung des Verfahrens hat u. E. nicht die erforderliche Klarstellung geschaffen. Sie wäre vermutlich allein in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, in der alle Parteien eidlich vernommen worden wären, möglich gewesen. Der Patient bleibt bei seinen Behauptungen, die er völlig wahrheitsgemäß wiedergegeben habe. Auch unsere Gewährsmänner, der Landtagsabgeordnete Gen. Mertins und die „Königsberger Volkszeitung", sehen nach wie vor keinen Grund, an den Mitteilungen des Patienten zu zweifeln.

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Unsere Genossen in England bei der Arbeit.

Die Sozialistische Aerzte-Vereinigung, deren Begründung im letzten Sommer durch den Vertreter des deutschen VSAe., Gen. Dr. Ewald Fabian, zuerst vorgeschlagen wurde, konstituierte sich endgültig im Oktober 1930.

Unter den Genossen, die der neuen Organisation sofort tatkräftige Hilfe zusagten, waren u. a. die Parlamentsmitglieder Dr. Christopher Addison, Minister für Landwirtschaft, Somerville Hastings, einer der führenden Laryngologen in England, Salter, bekannt durch ein grundlegendes Werk über den englischen Sozialismus, Forgan, Drumond Shiels, Unterstaatssekretär, ferner Dr. Hector Munro, eines der ältesten Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, Jeger, Bürgermeister von Shreditch, Prof. Greenwood, eine Autorität auf dem Gebiete der Statistik, Welply, Sekretär der ärztlichen Praktiker-Vereinigung, Frank Bushnell, der gegenwärtig in ganz England Arbeiter-Gesundheits-Komitees organisiert. Wir könnten noch viele andere Kolleginnen und Kollegen nennen, die seit langer Zeit sich aktiv an der sozialistischen Bewegung in England beteiligen.

Ein engeres Exekutiv-Komitee, das aus den Kollegen Dr. Somerville Hastings (Präsident), Dr. Welply (Schatzmeister) und Dr. Brook (Sekretär) besteht, wurde bestimmt.

Auf der ersten Versammlung, die am 19. November 1930 einberufen war, wurden Schritte unternommen, um die Arbeiten der Vereinigung wirksam zu gestalten. Ernste Einwände werden seit längerer Zeit schon gegen die gegenwärtige Organisation der Heilkunde in England erhoben, und ganz besonders gegen das absurde System der charitativen Krankenhäuser. Aber bisher wurden keine konkreten Vorschläge für die Einrichtung eines sozialistischen ärztlichen Dienstes gemacht.

Ein besonderer Untersuchungsausschuß wurde damit beauftragt, praktische Vorschläge auszuarbeiten. Eine andere Kommission hat die Aufgabe, Mitglieder der Aerzteorganisation aufzufordern, Artikel

über die Gesundheitsprobleme in englischen und auswärtigen Zeitschriften zu veröffentlichen. Jeder Beitrag soll von sachverständigen Arztgenossen verfaßt werden. Genossin Dr. Caroline M a u l e ist zur Verbindung mit den Herausgebern bestimmt worden.

Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum Londoner Grafschaftsrat bereitet die Vereinigung für die Labour Party in London ein gesundheitspolitisches Programm vor, das zweifellos zum Erfolge der Partei wesentlich beitragen dürfte.

Gegenwärtig sind G r u p p e n d e r s o z i a l i s t i s c h e n A e r z t e - V e r e i n i g u n g in Bildung begriffen. Dadurch sollen die Mitglieder, die weit entfernt von London wohnen, in engem Zusammenhang mit der Zentrale der Hauptstadt bleiben. Ferner haben wir bereits Schritte unternommen, um Pflegerinnen und M e d i z i n - S t u d i e r e n d e zu organisieren.

Die Sozialistische Aerzte-Vereinigung ist jetzt fest begründet. Sie ist berufen, eine sehr wichtige Rolle in der zukünftigen Entwicklung der sozialistischen Bewegung dieses Landes zu spielen. Darüber hinaus will sie ein wirksames Glied der S o z i a l i s t i s c h e n A e r z t e - I n t e r n a t i o n a l e sein.

Dr. Charles Brook-London.

Arbeiter-Gesundheitskomitees in England.

Unter Führung unseres Genossen Dr. F. G. B u s h n e l l - P l y m o u t h wendet sich ein Komitee in einem gedruckten Aufruf an die Arbeiterpartei, an die Frauensekretariate, an die Gewerkschaften und Genossenschaften zwecks Bildung von Arbeitergesundheitskomitees in England. Ihre Aufgabe ist es, die Sozialisierung der Medizin zu propagieren, Beschwerden kranker Proletarier entgegenzunehmen und weiter zu verfolgen, Pioniere der gesundheitlichen Aufklärung zu sein. Ein enges Zusammenarbeiten mit unserer Bruderorganisation, der englischen V e r e i n i g u n g S o z i a l i s t i s c h e r A e r z t e, und mit Arbeitergesundheitsbewegungen in anderen Ländern ist geplant.

Gesundheitsberatungen unserer Aerztegenossen in Ungarn.

1. *Jugend- und Sexualberatung:* Mittwoch und Freitag abends 7—8 Uhr im Metallarbeiterheim, Magdolnastr. 5/7;
2. *Tuberkulose-Beratung:* Sonnabend abend 6—8, Arenastraße 68;
3. *Sportärztliche Beratung:* Freitag 7—9, Peterdystr. 6/8.

Die Beratungen beginnen am 1. Februar und sind völlig kostenlos. Sie können von Mitgliedern der Partei-, Gewerkschafts- und Kulturorganisationen in Anspruch genommen werden.

Neue Mitglieder des VSAe.

Januar-Februar 1931 wurden aufgenommen:

In B e r l i n: 12 Kollegen, D r e s d e n: 6; F r a n k f u r t: 1; R h e i n l a n d - W e s t f.: 8; S c h l e s i e n 6; B a y e r n: 4.

Beitragszahlung.

Der VSAe. ist auf die pünktliche Zahlung der Beiträge angewiesen, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll. Berliner Genossen und Einzelmitglieder zahlen RM 13,— jährlich einschl. Abonnement für den SOZ. ARZT direkt an den Kassierer Dr. F. R o s e n t h a l, Bln.-Wilmersdorf, Kaiserallee 175 (Postscheck-Konto 189). Die Kassierer der Ortsgruppen werden ebenfalls um schnelle Abrechnung gebeten.

Zuständig für alle Zahlungen für den „S o z. A r z t" (Abonnements, Pressefonds usw.) ist: M i n n a F l a k e, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheckkonto Nr. 74 915).

Pressefonds.

Zum weiteren Ausbau unserer Zeitschrift gingen als außerordentliche Spenden ein: Dr. B. in K. 1. Rate Mk. 25,—; Dr. K. in B. Mk. 50,—; Dr. B. in K. 2. Rate Mk. 60,—; Dr. Sch. in Z. Mk. 20,—. Weitere Beiträge für den Pressefonds, die wir im SOZ. ARZT quittieren werden, sind sehr willkommen und an die Adresse der Genossin M. F l a k e erbeten!

Neue Ortsgruppe in Düsseldorf

Auf Anregung des Gen. Wadler fand am 20. Februar in Düsseldorf, wo wir bisher nur einige wenige Mitglieder hatten, die konstituierende Sitzung statt. Die neue Ortsgruppe, der sofort 12 Mitglieder beigetreten sind, hat folgende Leitung: Vorsitzender Dr. Franz Zimmermann, Schriftführer: Wilhelm Wadler, Kassenwart: Karl Levi.

VSAe. Schlesien.

Der VSAe. Breslau veranstaltete im Februar Ärzteversammlungen in Breslau und in Beuthen. In beiden Versammlungen sprach Gen. Dr. Minna Flake, Berlin über „Die gegenwärtige Lage der deutschen Ärzteschaft". Beide Versammlungen waren gut besucht. Während sich in Breslau die Diskussion, an der viele nichtsozialistische Aerzte, Vertreter des Hartmann-Bundes, der Reichsnotgemeinschaft u. a. teilnahmen, hauptsächlich um unsere Stellungnahme zum Hartmann-Bund drehte, kamen in Beuthen die täglichen Nöte und Berufssorgen unserer Kollegen und Genossen zur Sprache. In Oberschlesien wollen wir versuchen, die in Folge ihres Bekenntnisses zum Sozialismus wirtschaftlich leidenden Kollegen zu stützen.

Neuaufnahmen: Breslau 1, Oberschlesien 6. Oberschlesien bildet ab jetzt mit Breslau zusammen eine Ortsgruppe unter dem Namen „VSAe. Schlesien".

Zusammenschluß der sozialistischen Aerzte in Dresden.

Die Bemühungen, die Ortsgruppe Dresden des VSAe. mit der dort bestehenden Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Aerzte zu vereinigen, haben zum vollen Erfolg geführt. Die Arbeitsgemeinschaft hat im Anschluß an eine gemeinsame Tagung, die am 15. II. 1931 im neuen Volkshaus Dresden stattfand, ihren Mitgliedern empfohlen, den Eintritt in den

VSAe. zu vollziehen. Der Aufforderung sind bis jetzt 8 Genossen gefolgt. Weitere Anmeldungen stehen bevor. Nachdem noch 2 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, besteht die reorganisierte Ortsgruppe aus 14 Mitgliedern. Den Vorstand bilden: Freund, Genossin Stegmann und Weiner-Meißen. Die Anschrift ist Freund - Dresden, Hepkeplatz 10.

Die Ortsgruppe gehört der Dresdner Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Sozialarbeiter an. Am Sonntag, 1. III. hielt unser Mitglied Seligsohn (Facharzt für Lungenkrankheiten) in dieser Arbeitsgemeinschaft einen aufschlußreichen Vortrag: „Der Einfluß der neuen Tuberkuloseforschung auf Fürsorge und Behandlung".

Ortsgruppe Berlin.

Am 10. Februar fand im Rathaus Schöneberg eine von Mitgliedern und Gästen außerordentlich zahlreich besuchte Sitzung statt. Gen. Simmel begrüßte in unserer Mitte namens des Vorstandes zwei Männer der Wissenschaft, die wir im engeren Sinne zu den Unsrigen zählen dürfen: Prof. Kurt Goldstein, der vor einigen Monaten von Frankfurt nach Berlin übersiedelte, und Prof. Biedl - Prag, der unserer Sektion in der Tsch. Slov. Republik angehört. Gen. Goldstein referierte über das Thema „Krankheit und soziale Lage". Das Referat wird in unserer Zeitschrift erscheinen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Biedl, Fleischmann, Weiß, Marcusson.

In der ordentlichen Mitgliederversammlung am 28. Februar wurde nach einem Rechenschaftsbericht, der von der regen Tätigkeit des VSAe. und seinen guten Erfolgen zeugte, der bisherige Vorstand, bestehend aus den Gen. Simmel, Fabian, Loewenstein, Klauber, Flake, Günther Wolf, Rosenthal wiedergewählt. Zur Reichs- und Internationalen Tagung wird in Kürze ein Rundschreiben an alle Sektionen und Ortsgruppen versandt.

„Justizkrise".

Das Zeitdrama unseres Genossen Carl Credé, auf das wir bereits in der Januar-Nummer des „Soz. Arzt" hingewiesen haben, gelangte am 4. März in dem Theater in der Klosterstraße zur Erstaufführung. Die Aktualität ist seit der Abfassung noch größer geworden. Denn alle wesentlichen Momente spielen sich in dem Stück so ab, wie sie

von dem gegen Friedrich Wolf eingeleiteten Verfahren berichtet werden: Nachforschung der Kartothek, Verhaftung, Denunziation durch den Kollegen. So hatte bei der allgemeinen Empörung über die Justiz das Stück eine tiefe Wirkung. Die Regie hat Genschow von der Gruppe junger Schauspieler. Die Hauptrolle (Frau Hansen) spielt mit viel Wärme Renée Stobrawa.

Die Mitglieder des VSAe. können Vorzugskarten zum Preise von RM 0,90 durch die Reichssektion Gesundheitswesen, Schlesischestr. 42, beziehen.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

Prof. E. Kisch und Dr. Berger: Spondylitis tuberkulosa — ihre klinischen Symptome und Heilergebnisse bei der Sonnen-Freiluftbehandlung, „Strahlentherapie" 39. Band, 1931.

Prof. E. Kisch: Soziale Momente bei der Behandlung der chirurgischen Tuberkulose. Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene, 1930, Heft 15.

Nach seinen Erfahrungen in Hohenlychen und im Ambulatorium der Stadt Berlin für knochen- und gelenkkranke Kinder propagiert Verfasser den Gedanken der ambulatorischen Sonnenfreiluftbehandlung chirurgischer Tuberkulose bei Kindern und die Einrichtung von Freiluftschulen. Die Erfolge des dauernden Aufenthaltes im Freien bei guter Pflege unter Anwendung besonderer Wärmebestrahlung, Gymnastik, Massage sind — sogar mitten in der Großstadt — erstaunlich. Als besonders gravierende soziale Faktoren dieser Behandlung im Gegensatz zur jahrelangen Heilstättenunterbringung werden Schulbetrieb, Verbleiben im Elternhaus, geringe Kosten und vornehmlich Prophylaxe bei tuberkulosebedrohten Kindern in schlechten Wohnungsverhältnissen hervorgehoben. Fl.

Soziale Medizin, Wissenschaftliche Monatsschrift für Sozialversicherungsmedizin, Februar 1931.

Aus dem Inhalt: Direktor W. Donau: Das Internationale Arbeitsamt und die soziale Medizin; Dr. Alkau: Anatomische Organkrankheiten aus seelischer Ursache; Dr. Pryll: Systematische Uebersicht über die deutsche Sozialversicherung.

Prof. A. V. Knack: Krankheit und soziale Lage. Heft 17. Verlag G. Birk & Co., München. Preis 50 Pfg.

Bei den früher erschienenen Heften, die zum größten Teil von Mitgliedern des VSAe. verfaßt sind, haben wir auf die wertvolle Gesundheitsbibliothek des Münchener Verlages hingewiesen. Jetzt ist das vorliegende Heft, das die Sammlung abschließen soll, herausgegeben worden. Verfasser weist nach, wie die Zusammenhänge zwischen Krankheiten und sozialer Lage sich auf Schritt und Tritt offenbaren. Bei den großen Volkskrankheiten, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, und ihrer Bekämpfung treten in den Vordergrund die Lohnfrage, die Wohnungsfrage, die gesundheitliche Gestaltung der Arbeit. Der Kampf gegen die Seuchen ist ausgesprochen politisch. Es ist ein Kampf um die soziale Hebung der verelendeten Volksschichten. Im Schlußkapitel behandelt Knack die Organisation der ärztlichen Arbeit in Krankenhäusern, Ambulatorien, Fürsorgestellen und die planmäßige Bevölkerungspolitik in Gedankengängen, wie sie im VSAe. und im „Soz. Arzt" ständig entwickelt werden. F.

„Sozialismus im Heilwesen" von K. Finkenrath, Berlin. In den „Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung" erschien diese für unsere Leser wichtige und interessant Schrift des bekannten Autors. Er entreißt die Tatsache der Vergessenheit, daß es schon einmal einen Staat der Neuzeit mit teilweise vergesellschaftetem Heilwesen, zumindest aber mit verbeamteter Aerzteschaft gab, nämlich Hessen-Nassau vom Jahre 1818 bis zur Annexion durch Preußen 1866.

Die Aerzte erhielten ein Fixum, das ihnen zu 2 Dritteln vom Staat ausbezahlt, zum restlichen Drittel aus der nicht ganz sistierten Praxis verdient werden mußte. Nach den Dokumenten und der Ansicht des keineswegs sozialistischen Verfassers waren alle beteiligten Kreise, nämlich die Bevölkerung, die Verwaltung und die Aerzte mit dem System fast restlos zufrieden, so daß die preußische Begründung für die Aufhebung der ärztlichen Verbeamtung, die man dem „Kommunismus und Sozialismus" gleichsetzte, „den Staat gehe die Heilkunst so wenig an, wie die Baukunst", wohl heute von unseren fanatischen Privatwirtschaftlern kaum mehr unterstrichen werden dürfte.

Der nassauische Versuch, den man voll gelungen bezeichnen muß, beweist denen, die noch des Beweises bedürfen, daß selbst im kapitalistischen System eine planvollere Aerzteordnung möglich ist, als die jetzige sakrosankte freiberufliche.

L. K.

Sexualfragen

Sigismund Peller: Fehlgeburt und Bevölkerungsfrage. Eine medizinalstatistische und sozial-biologische Studie. 5. Band der „Hippokrates-Bücher für Aerzte", herausgegeben von Dr. Paul Federn, Wien; Dr. Heinrich Meng, Frankfurt a. M. und Prof. Dr. Georg Honigmann, Gießen. 300 Seiten, Gr. 8°, broschiert 14 RM, Ganzleinen 18 RM.

In großem Abstand von den meisten bisher erschienenen Büchern über das Abortusproblem, nimmt das Buch von Peller einen besonderen Platz in der immer mehr anschwellenden, mehr oder weniger guten bevölkerungspolitischen Literatur ein. Mit den Methoden exakter Wissenschaften — die kritischen statistischen Kapitel sind von bewundernswerter Konsequenz und überragen turmhoch die sonst in der medizinischen Literatur übliche Statistik — wird das Problem von allen Seiten beleuchtet. Trotzdem ist Peller weit davon entfernt, im Theoretischen stecken zu bleiben; er verarbeitet das Material nach allen in Frage kommenden medizinischen, sozialpolitischen und kriminalistischen Richtungen hin. Der Gefahr, populärwissenschaftlich zu werden, (womit die Bedeutung der Popularisierung der Wissenschaft für den Aufstieg des Proletariats in keiner Weise herabgesetzt werden soll) ist er mit viel Glück und Geschick entronnen, so daß das Buch ein Standard- und Nachschlagewerk werden wird für alle, die sich mit dem Problem der „Fehlgeburt und Bevölkerungsfrage" befassen. Es ist unmöglich, auf Einzelheiten des Buches einzugehen, das ausgehend von der Geschichte des Bevölkerungsproblems und der Bevölkerungspolitik, das umfangreiche Material soziologischer, kriminalistischer und medizinischer Statistiken zusammenträgt, das Abortusproblem im Spiegel unseres Wirtschafts- und Kulturkreises, und — last not least — der Rassenhygiene betrachtet und die Furchtbarkeit der gegenwärtigen sozialpolitischen Lage eindringlich vor Augen führt. Der folgerichtige isolierte Standpunkt des Arztes, wenn er in seinen Erwägungen Religion, Staat usw. ausschließt, muß lauten:

„Die Abtreibung ist für die Frau und deren Familie mit ernsten Gefahren verbunden, wenn sie nicht sachgemäß durchgeführt wird.

Das Gesundheitsrisiko ist gering, wenn die Abtreibung, unter günstigen Arbeitsbedingungen, von Fachleuten durchgeführt wird.

Der Eingriff muß daher entsprechend ausgebildeten Aerzten reserviert bleiben.

Jede Einschränkung der Willensfreiheit der Schwangeren führt zu geheimer Abtreibung und zur Ge-

fährdung von Gesundheit und Leben der Frauen." Neufeld.

Prof. Dr. Julius Wolf: „Mutter oder Embryo?" Zum Kampf um den Abtreibungsparagraphen. Verlag Carl Heymanns, Berlin 1930. RM 1.60.

Verfasser, der bekannte Staatswissenschaftler, gibt in dieser kleinen Streitschrift gegen den Schandparagraphen eine bis ins kleinste ausgearbeitete Argumentation für seinen Vorschlag, die soziale und eugenische Indikation in den gesetzlichen Vorschriften über die Schwangerschaftsunterbrechung zu berücksichtigen. Mit exakter Sachlichkeit werden Beispiele für die Sinnlosigkeit des § 218 gebracht, die Argumente für den Paragraphen zerpflückt, und die Tendenz von allen Seiten beleuchtet. Das Heftchen ist eine gute Streitschrift gegen die Kulturreaktion. A. B.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege.

„Sozialversicherung und Krebsbekämpfung". Dr. Arnold Czech in „Soziale Rundschau", Organ des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen in der Tschechosl. Republik, Brünn, 10. Jahrg. Nr. 1.

In diesem Aufsatz fordert der tschechische Wohlfahrtsminister und Genosse Czech die Durchführung periodischer Gesundenuntersuchungen der von Krebs gefährdeten Jahrgänge nach dem Grundsatz: frühzeitige Diagnose und Behandlung geben die besten Heilaussichten. Er appelliert an die Pflicht des Zusammenwirkens der Sozialversicherungsanstalten, Kliniken und Aerzte und erinnert an die Gründung von Gesellschaften zur Förderung der Volksgesundheit in vielen Kulturstaaten (Kooperation aller Beteiligten). Sein Ruf geht vor allem an die Aerzte, sich zu entscheiden, ob sie wie bei allen großen Gesundheitsproblemen die Führer oder die Geführten sein wollen. Unter Hinweis auf Ansätze periodischer Gesundenuntersuchungen in vielen Ländern stellt Verfasser seine Vorschläge zur Diskussion, ohne die praktische Durchführbarkeit im einzelnen und die Problematik „vorklinischer Medizin" überhaupt prüfen zu wollen. H. A.

Verschiedenes

Indien von Fenner Brockway. Buchverlag Kaden & Co., Dresden. Aus dem englischen Manuskript ins Deutsche übertragen von Dora Fabian, 1931. Geb. RM 5,50.

Der Verfasser, einer der Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, führt seit langen Jahren den Kampf für die Befreiung Indiens von imperialistischer Herrschaft. Auf Grund eingehenden Studiums der indischen Verhältnisse kommt Brockway zu dem Schluß, daß nur eine revolutionäre Bewegung das Land von überlebten Traditionen und von einem Wirtschaftssystem befreien kann, das zur gegenwärtigen geistigen und materiellen Verelendung geführt hat. Daß der Verfasser diesen Kampf energisch unterstützt, ungeachtet der bürgerlich-parlamentarischen Gebräuche und taktisch-diplomatischer Regierungsinteressen, sei besonders hervorgehoben. Die eingehende marxistische Analyse, die wir in den Schriften des Genossen Manabendra Nath Roy in deutscher Sprache finden, gibt Brockway nicht. Trotzdem sei das Buch allen, die sich für die politische und soziale Befreiung Indiens interessieren, empfohlen. E. F.

Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus. Herausgeberin: Anna Blos. Mitarbeiterinnen: Adele Schreiber, Luise Schröder, Anna Geyer. Buchverlag Kaden & Co., Dresden.

Es sind in der letzten Zeit zahlreiche Bücher erschienen, die sich mit der Stellung der Frau in der Wirtschaft befassen. Es fehlte noch ein Buch, das die Frauenfrage als Ganzes unter sozialistischen Gesichtspunkten betrachtet. Diese Lücke hilft das vorliegende Buch auszufüllen. Es ist den Verfasserinnen gelungen, auf 219 Seiten sehr viel wichtiges Material zu geben über: die Sozialdemokratin als Staatsbürgerin von Adele Schreiber, die proletarische Frau als Hausfrau und Mutter von Louise

Schröder, die Frau im Beruf von Anna Geyer. Anna Blos schreibt über die Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Es ist der Teil des Buches, der am unbefriedigsten wirkt, besonders auf Menschen, die diese Geschichte nicht selbst miterlebt haben. Es ist ein Vorteil des Buches, knapp zu sein, aber für diese Kürze enthält der geschichtliche Teil zu viel anekdotenhaftes, ist zu persönlich. Es fehlt die große Linie, die plastisch den Zusammenhang der Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung mit der Entwicklung von Wirtschaft und Politik aufzeigt. Der geschichtliche Teil ist unter dem Gesichtswinkel der mehrheitssozialistischen Ideologie geschrieben. Trotz der kritischen Einstellung zu diesem Teil des Buches muß festgestellt werden, daß auch hier wichtiges Material entnommen werden kann und daß für die sozialistische Funktionärin, die über wenig Zeit verfügt, das Kapitel über Arbeiterinnenliteratur sehr nützlich ist.

Gertrud Düby.

Leysts Sprachführer für Rußland-Reisende. Berlin 1930. Festland-Verlag, W 50, Preis RM 1,—.

Sozialistische Bildung, Monatsschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit. Berlin SW. Das Januarheft enthält u. a. Heinrich Schulz: Kulturreaktion und Faschismus, Adolf Grimme: Die Wissenschaft und die Arbeiter; Anna Siemsen: Die sozialistische Erziehungsbewegung in katholischem Lichte.

Hinweis! Diesem Heft liegen Prospekte der nachstehenden Firmen bei: Nordmark-Werke, Hamburg 21 (Linctusal); Deutsche Pharmazeutische Gesellschaft „Norgine" m. b. H., Berlin W 50, Bamberger Str. 61.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Verlag und Druck: Carl Ringer & Sohn G.m.b.H., Berlin S 59, Hasenheide 54; Tel. Baerwald 3325. Für Inserate: M. Wittenberg, W 15, Lietzenburger Str. 4 (Tel. J. 1, Bismarck 51 73) — Postscheck-Konten: Berlin 40 054 — Prag 501 347